

# PROLOG

## Wachstum, Wachstum über alles

Sollte es noch eines Beweises bedurft haben, hätte ihn die globale Wirtschafts- und Finanzkrise dieser Jahre schlagend erbracht: Große Teile der Welt – an ihrer Spitze die frühindustrialisierten Länder Europas, Nordamerika, Japan, Australien und einige andere – hängen am Wirtschaftswachstum wie Alkoholiker an der Flasche oder Drogensüchtige an der Nadel. Stockt der Nachschub auch nur kurzzeitig, werden sie von Panikattacken befallen und von existentiellen Ängsten geplagt. Bloß keine Unterbrechung des Gewohnten! Immer weiter und möglichst immer mehr – das muss einfach sein.

Die Wirtschaft muss wachsen, fortwährend wachsen. Wächst sie einmal nicht, ist das ein Drama, eine »Rezession«; schrumpft sie gar, ist das eine Tragödie, eine »Depression«. Dann schrillen die Alarmglocken, werden mit breitem Pinsel düstere Zukunftsszenarien gemalt und ist kein historischer Vergleich bedrückend genug, um den Ernst der Lage angemessen zu beschreiben. Die Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, weltweite Hungerepidemien, das Elend von vielen hundert Millionen – das alles war und ist schlimm, relativiert sich jedoch in Anbetracht der Nöte von Völkern, die für ein Weilchen den Schinkenspeck aufs Butterbrot ein wenig dünner schneiden müssen.

Um derartige Entbehrungen erträglicher zu machen, ist fast jedes Mittel recht. Umwelt- und Klimaschutz? Ausgeglichene öffentliche Haushalte? Keine Überforderung der nachwachsenden Generation? Offene Märkte? Internationale Solidarität? Ordnungspolitik? Das sind zwar weiterhin hehre Ziele, die nach

dem Willen von Politik und Gesellschaft auch hehr bleiben sollen. Nur leider ist dies nicht die Zeit, sie zu verfolgen. Jetzt gilt es, die Kräfte zu bündeln, um das zu erreichen, was wirklich zählt: Wirtschaftswachstum.

»Wir müssen alles tun für mehr Wachstum.« – »Wir müssen in diesem Land bereit sein, möglichst hohe Wachstumsraten zu erzielen.« – »Deshalb ist der Schlüssel dessen, was wir schaffen müssen, Wachstum ...«<sup>1</sup> So ließ sich die deutsche Bundeskanzlerin im Frühjahr 2009 beschwörend vernehmen und konnte sich dabei der Zustimmung aller Parteien gewiss sein. Auch aus der Sicht der Sozialdemokraten braucht Deutschland mehr Wachstum, um erfolgreich zu sein.<sup>2</sup> Nicht anders die Freien Demokraten: Sie fordern eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum schafft.<sup>3</sup> Und selbst die Grünen meinen das Wachstum ankurbeln zu müssen.<sup>4</sup> Die Partei Die Linke sieht das genauso.<sup>5</sup>

In kaum einem anderen Bereich ist der Konsens von Politikern und Parteien so vollkommen und bedingungslos wie in dieser Frage. Hier sprechen Rechte und Linke, Extremisten und Gemäßigte und die vielen dazwischen ausnahmsweise mit einer Stimme: Die Wirtschaft muss wachsen. Und diese Einigkeit endet auch nicht an den deutschen Grenzen. Ganz Europa, die USA, Japan, Russland, China und viele andere stimmen mit ein: Die Wirtschaft muss wachsen.<sup>6</sup> »Ohne Wachstum ist alles nichts.«<sup>7</sup>

Mittel, die Wachstum erwarten lassen, sind damit selbstredend geheiligt. Sie in Frage zu stellen ist verantwortungslos und dumm: Riesige Rettungsschirme für Banken, Konjunkturprogramme nie dagewesener Größenordnung für die übrige, die sogenannte Realwirtschaft. Darüber hinaus – länderspezifisch – Steuernachlässe, Abwrackprämien, Konsumgutscheine, Hilfen für zahlungsunfähige Hypothekenschuldner, Automobilisten oder Bauern.<sup>8</sup> Die Sorge geht um: »Ist das nicht ein bisschen viel?« – »Wer rettet uns vor den Rettern?«<sup>9</sup> Aber wenn es um Wachstum oder drohende Wachstumsverluste geht, lassen die frühindustrialisierten Länder – und nicht nur sie – nicht mit sich spaßen. Da hilft nur klotzen. Je mehr, desto besser. Auch darin ist sich das gesamte politische Spektrum, sind sich Liberale und Sozialisten, Unternehmer und Gewerkschaften einig.

Wer wollte, wer könnte da widerstehen? Allein für Banken stellten die elf wichtigsten Industrieländer rund fünf Billionen Euro staatliche Hilfen bereit, die Hälfte davon die USA.<sup>10</sup> Hinzu kommen die Mittel für Konjunkturprogramme. Für sie machten 2009 die USA 615, China 460, Japan 210 und Russland knapp 200 Milliarden Euro locker. Aber auch die Europäer ließen sich nicht lumpen: Die Deutschen brachten es auf 61, die Spanier auf 49, die Franzosen auf 26, die Briten auf 24 und die Italiener auf 19 Milliarden Euro – um nur die größten zu nennen.<sup>11</sup> Das alles addiert sich auf schätzungsweise – so genau zählt niemand mehr – 1,8 Billionen Euro. Abgesehen von Hyperinflationen ist Menschen bei solchen Zahlen gemeinhin schwindelig geworden. Sie sprengen die Vorstellungskraft der meisten. Heute erachten jedoch viele den Einsatz solcher Summen als das mindeste, was gegen »die Krise« getan werden müsse.

Die Krise. Schnell übersprang sie den Bannkreis gebotener Nüchternheit und nützlicher Distanz. Bei ihrer Erwähnung schwingen bis heute entnervende Obertöne mit. Medien und Wissenschaft tragen das ihre dazu bei, und noch immer eilen Politiker und alle möglichen Experten von Krisensitzung zu Krisensitzung, schmieden Katastrophenpläne und mühen sich um Frühwarnsysteme. Rettungspakete für ganz Europa, ja die ganze Welt stehen auf der Agenda. Was in diesen Jahren geschieht, soll sich niemals wiederholen! Ist das die Zeit von Schwarzsehern, Hypochondern und Hysterikern, oder hat sich wirklich Schwerwiegendes ereignet?

## Des Fischers Frau

Was hat sich eigentlich ereignet? Nichts, was sich in der jüngeren Menschheitsgeschichte nicht bereits zahllose Male ereignet hat und was sich nicht noch zahllose Male wiederholen wird. Es ist das immer aufs Neue gespielte Stück von menschlicher Torheit, Verblendung und Vermessenheit. Es ist das Stück vom Menschen, der nur allzu geneigt ist, irgendwelchen Trugbildern hinterherzulaufen, vor allem solchen, die ihm Reichtum und Macht

vorgaukeln, um am Ende festzustellen, dass sie sich umso weiter entfernen, je näher er sich ihnen wähnt. Es ist das Stück vom Menschen, der unverdrossen daran glaubt, Stroh in Gold verwandeln zu können, und dabei fest auf die Hilfe eines Rumpelstilzchens baut.<sup>12</sup> Es ist das Stück vom Fischer und seiner Frau, die immer höher hinaus will, bis sie dort ankommt, wo sie hergekommen ist: in ihrer alten, windschiefen Kate.<sup>13</sup> Wieder in der alten Kate zu sitzen, wieder zurückgeworfen zu sein auf der unaufhörlichen Jagd nach mehr und immer noch mehr – das ist die Krise dieser Jahre, die »Zeit, die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Situation darstellt«.<sup>14</sup>

Die gefährliche Situation war und ist die allgegenwärtige und hemmungslose Schuldenmacherei auf allen Ebenen der Gesellschaft. Der deutschen Bundeskanzlerin ist zuzustimmen, wenn sie feststellt: »Die Krise ist mit daraus entstanden, dass zu viele Schulden gemacht wurden.«<sup>15</sup> Dies ist die Krise von biederen Bürgern, die einen Lebensstil pflegten, der weit über ihre finanziellen Möglichkeiten hinausging, die sich in Häusern und Wohnungen einquartierten, die sie weder zu kaufen noch zu mieten vermochten, und die meinten, aus Schulden Vermögen machen zu können. Dies ist die Krise von Unternehmern, die nur am Tropf von Banken und sonstigen Geldgebern überleben konnten, die naiv an ewiges Wachstum glaubten und die unter Missachtung elementarer Grundsätze kaufmännischer Vorsicht alles auf die Karte steiler Umsatzsteigerungen und hoher Gewinne setzten. Dies ist die Krise von Bankern, die sich in ihrem ungezügelten Expansionsdrang hoffnungslos übernahmen, ihre Kontroll- und Prüfungspflichten sträflich vernachlässigten und überaus leichtfertig mit dem Geld ihrer Kunden umgingen.

Dies ist aber auch die Krise von Wissenschaftlern, die ihre Mutmaßungen und Glaubenssätze als belastbare Erkenntnisse verkündeten, die Sparsamkeit als Laster und Verschwendung als Tugend ausgaben und die ein neues Zeitalter der Allmachbarkeit ausriefen. Dies ist die Krise von Gewerkschaften und Sozialverbänden, die selbst dann forderten, wenn es nichts zu fordern gab, die nicht selten die Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Blick verloren und die immer wieder kräfte-

zehrende Konflikte ausfochten, ohne dabei wirtschaftlich vertretbare Ziele zu verfolgen. Und dies ist schließlich die Krise von Politikern, die seit Jahrzehnten so agieren, als werde es wirtschaftlich immer nur aufwärtsgehen, die stets nur auf den Tag schauen und nicht daran denken, für Zeiten des wirtschaftlichen Stillstands oder gar Rückgangs vorzusorgen.

Vor allem aber ist dies die Krise von Finanzjongleuren, die mit teils abenteuerlichen Produkten, Konstruktionen und Aktionen versuchten, sich und andere auf Kosten Dritter reich zu machen. Sie sitzen heute zu Recht auf der – zumindest moralischen – Anklagebank, ein Schicksal, das den zahlreichen Mitverursachern dieses Debakels zumeist erspart geblieben ist. Allerdings birgt diese Aussonderung auch die Gefahr, dass diese Krise nicht als das begriffen wird, was sie ist: der vorläufige Höhepunkt einer umfassenden gesellschaftlichen Fehlentwicklung. Es ist bequem, auf Einzelne zu zeigen – der Sache gerecht wird es nicht.

Die jetzt Gebrandmarkten sind keine Außerirdischen. Sie gingen in unsere Kindergärten, Schulen und Universitäten, arbeiten oft hart und erfüllen ihre Familienpflichten. Sie wohnen unter uns und teilen viele unserer Sorgen und Vergnügungen. Noch wichtiger ist jedoch, dass ihr Handeln einer Sicht- und Verhaltensweise entsprang, die von vielen – bewusst oder unbewusst, eingestanden oder uneingestanden – geteilt wird: der Wunsch nach dem schnellen Geld, hohem materiellen Wohlstand, gesellschaftlichem Prestige. Bis gestern wurden sie deshalb weithin bewundert, wollten viele unserer tüchtigsten jungen Männer und Frauen sein wie sie. Das alles kann ihre Taten nicht entschuldigen, geschweige denn rechtfertigen. Aber es zeigt, dass selbst schlimme Auswüchse Ausdruck unserer Zeit und Gesellschaft sind. Der Sturz der jetzt Gebrandmarkten muss uns alle nachdenklich machen.

Dann werden wir erkennen, dass diese Krise nicht nur unvermeidlich, sondern auch überfällig war. Hätte sie weiter auf sich warten lassen, wären ihre Folgen noch schmerzhafter gewesen. So sind die meisten recht glimpflich davongekommen. Die Weltwirtschaft schrumpfte 2009 nur um rund ein Prozent, nachdem sie in den beiden vorangegangenen Jahren um 5,2 beziehungsweise drei Prozent gewachsen war. Alles in allem war also der Ab-

schwung gering. Härter traf es einige frühindustrialisierte Länder. In Deutschland beispielsweise verringerte sich die volkswirtschaftliche Leistung um etwa fünf Prozent, im Euroraum um reichlich vier Prozent und in den USA um annähernd drei Prozent. Allerdings war die erwirtschaftete Menge an Gütern und Diensten auch auf dem Höhepunkt der Krise nicht geringer als während der Boomphase der Jahre 2005 und 2006. Lediglich Japan erlebte herbere Verluste.<sup>16</sup>

Wie aber steht es um die vernichteten Vermögen, die Entwertung von Immobilien, die Kursstürze an den Börsen und besonders die verlorengegangenen Arbeitsplätze? Selbst auf die Gefahr hin, zynisch zu klingen, soll es gesagt sein: Die meisten haben nichts verloren, was sie jemals wirklich besessen haben. Das gilt ganz sicher für die Vermögenden. Was heißt es schon, wenn russische Oligarchen ein Drittel ihrer Milliarden einbüßen, sich die Aktienwerte halbieren oder die Preise für Immobilien um ein Fünftel sinken. Damit sind diese Vermögen heute noch immer sehr viel mehr wert als vor sieben oder acht Jahren. Und die verlorengegangenen Arbeitsplätze? Selbst auf die Gefahr hin, abermals zynisch zu klingen: Die Krise hat im Wesentlichen nur Arbeitsplätze vernichtet, die auf Sand gebaut waren. Das ist für die Betroffenen kein Trost, und sie haben Anspruch auf die Solidarität der Gemeinschaft. Aber halbwegs sicher waren ihre Arbeitsplätze eben nicht. Sie waren errichtet auf einem großen Schuldenberg. Mit dem Ende der schuldenfinanzierten Wohlstandsillusionen tritt wieder die Wirklichkeit zutage – die keineswegs trostlos ist, nur weniger gleißend.